

Bundestag bald vor Gericht

Abgeordnetenwatch verklagt die Parlamentsverwaltung auf Herausgabe von Lobbyistenlisten

Von Fabian Lambeck

Es gibt Lobbyisten, die einen Hausausweis für den Bundestag besitzen. Da Union, SPD und Bundestagsverwaltung dazu keine Informationen rausrücken, schaltet Abgeordnetenwatch nun die Justiz ein.



Foto: dpa/Daniel Bockwolddt

Hausausweise für den Bundestag sind eine tolle Sache. Inhaber eines solchen Dokuments können das Parlament und die ihm angeschlossenen Büroräume quasi zu jeder Tageszeit betreten. Somit kann man ganz spontan Abgeordnete in ihren Büros besuchen. Dass solche Ausweise an Journalisten und Verbandsvertreter ausgegeben werden, ist bekannt und gehört zur guten parlamentarischen Praxis.

Weniger bekannt ist, dass auch zahlreiche Lobbyisten über einen solchen Direktzugang ins Parlament verfügen. Nach Recherchen des Verbandes Lobbycontrol, der sich um mehr Transparenz in der Politik bemüht, können die Hausausweise nämlich sehr diskret vergeben werden. Es genügt schon die Unterschrift eines Parlamentarischen Geschäftsführers. Erstaunlicherweise

ist die Praxis weder durch die Hausordnung noch die schriftlich fixierten Rechtsgrundlagen des Bundestages gedeckt. Als Abgeordnetenwatch beim Pressereferat des Bundestages Einsicht in die offiziellen Zugangsregeln zum Parlament beantragte, kam man dem Anliegen zwar nach. Allerdings fehlte die entscheidende Passage »Zutrittsberechtigung«. Somit war für die Aktivisten nicht nachvollziehbar, auf welcher Grundlage die Ausweise ausgestellt werden.

So bedurfte es erst eines Whistleblowers. In dem »geleakten« Dokument ist nachzulesen, dass »Interessenvertreter« die Ausweise nur erhalten, wenn sie »mit einem durch eine/n Parlamentarische/n Geschäftsführer/in einer Fraktion gezeichneten Antrag nachweisen können, dass sie die Gebäude des Deutschen Bundestages nicht zuletzt im Interesse des Parlaments häufig aufsuchen müssen«. Kurz gesagt: eine Unterschrift genügt.

Das Team von Abgeordnetenwatch wollte von den Fraktionsgeschäftsführern wissen, wem sie da Kraft Unterschrift zu einem Ausweis verholfen hatten. »Nur die LINKE hat uns sofort die Informationen gegeben«, sagt Georg Hackmack, Vorstandmitglied bei Abgeordnetenwatch, gegenüber »neues deutschland«. Das Büro von Fraktionsgeschäftsführerin Petra Sitte habe die entsprechende Liste bereits nach wenigen Minuten zukommen lassen, so Hackmack. Sie ist auch nicht sehr lang: Der Verband »Unterhalt und Familienrecht«, ein »Bündnis gegen Aids«, das Forschungsforum »Öffentliche Sicherheit« und die IG Bau.

SPD, Union und Grüne hingegen verweigerten die Herausgabe und verwiesen auf den Datenschutz. Georg Hackmack kann das nicht nachvollziehen. Schließlich wolle man lediglich wissen, für welche Institution die Ausweisinhaber tätig sind. »Die einzelnen Namen der Lobbyisten interessieren uns gar nicht. Die können ruhig geschwärzt werden«, so Hackmack.

Grünen-Fraktionsgeschäftsführerin Britta Haßelmann, die anfangs »Personen und Vereine nicht einzeln nennen« wollte, rückte die Informationen nach ein paar Tagen raus und schrieb später, sie habe die Veröffentlichung nicht verhindern wollen, sondern sich nur etwas mehr Zeit erbeten. Die meisten der dort aufgeführten Verbände, wie der Bundesverband Solarwirtschaft oder die Deutsche Umwelthilfe, scheinen ins natürliche Umfeld der Ökopartei zu passen. Nur der Großhandelskonzern Metro AG fällt irgendwie aus dem Rahmen.

Anders als LINKE und Grüne stemmen sich SPD und Union nach wie vor gegen eine Veröffentlichung. Weil sich die Fraktionen sperren, versucht es Abgeordnetenwatch nun über die Bundestagsverwaltung. Doch auch dort gibt man sich bedeckt und meint, die Ausgabe sei kein Verwaltungsakt, sondern eine politische Entscheidung der Fraktionen. Georg Hackmack sieht das anders. »Die Ausgabe der Ausweise ist klassisches Verwaltungshandeln, schließlich liegt das Hausrecht des Bundestages beim Parlamentspräsidenten.« Nicht die Fraktionsgeschäftsführer seien es, die die Dokumente aushändigen und bewilligen, sondern die Verwaltung. Deshalb will man diese nun per Gerichtsbeschluss zur Preisgabe der Informationen zu zwingen. Eine 13-seitige Klageschrift habe man am vergangenen Freitag beim Verwaltungsgericht Berlin eingereicht, so Georg Hackmack. Dabei beruft sich Abgeordnetenwatch auf das Informationsfreiheitsgesetz, das Verwaltungshandeln transparenter machen soll. Ein erster Verhandlungstermin ist noch nicht angesetzt. Klar sei bislang nur eines, so Hackmack. »Der Prozess wird sehr langwierig und sehr teuer.«

Derweil erklärte Grünen Fraktionsgeschäftsführerin Haßelmann am Mittwoch, wenn es klare Regelungen für ein öffentliches Lobbyregister gäbe, wäre die Klage nicht nötig. »Wir werden in Kürze eine parlamentarische Initiative dazu auf den Weg bringen«, so Haßelmann. Man darf gespannt sein.

Quelle: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/958662.bundestag-bald-vor-gericht.html>